

## FORUM

## Standortfaktor Hobbies

Soziale Initiativen wie Occupy und Anti-Atomkraft-Bewegung sind gut für die deutsche Wirtschaft. *Von Stefan Gärtner und Philipp Schepelmann*

Gewiss ist für manche Demonstranten der Protest das Ziel, selbstverständlich sind die Argumente mancher Occupy-Anhänger schwach, zweifellos mischen sich Gewaltbereite unter Friedensdemonstranten, selbstredend verteidigen viele Gutsituierte und Kommunikationsfähige in Stuttgart und an anderen Orten Partikularinteressen, freilich hat die Protestkultur mit ihrer Revolutionsästhetik à la „Che Guevara“ längst die Modewelt erreicht, und trotzdem sollte man den gesellschaftlichen Nutzen sozialer Protestbewegungen nicht unterschätzen.

Erstens kann davon ausgegangen werden, dass zivilgesellschaftliche Protestbewegungen auf Missstände hinweisen, für Gefahren sensibilisieren und Politik und Institutionen zum Handeln bewegen. Auch wenn die Forderungen der Occupy-Bewegungen nicht eins zu eins in den Regulierungsbemühungen der Politiker gemündet sind, werden Politiker und Institutionen (z. B. die Europäische Zentralbank) mit Slogans wie „We are the 99%“ ermahnt und erinnert, Banken zum Wohle der Allgemeinheit zu regulieren.

Die von der globalisierungskritischen Protestbewegung Attac geforderte Finanztransaktionssteuer hat ernsthafte Chancen, in Deutschland und Teilen Europas schon bald umgesetzt zu werden. Die seit rund 40 Jahren bestehende Anti-Atom-Bewegung hat einen noch weitergehenden Ausbau der Atomenergie wahrscheinlich verhindert, wobei eine zu einem früheren Zeitpunkt eingeleitete Energiewende Milliar-

den an Fehlinvestitionen eingespart hätte. Aktuelle Proteste gegen den im Rahmen der Energiewende notwendigen Netzausbau, reduzieren die Geschwindigkeit beim Aufbau einer neuen Suprainfrastruktur.

Natürlich kostet dieses Gegenstromprinzip Geld und wertvolle Zeit, aber gleichzeitig ergibt sich dadurch die Möglichkeit der Reflexion. So besteht die Gefahr, dass trotz der allgemein akzeptierten Notwendigkeit, im Rahmen der Energiewende nach dezentralen Lösungen zu suchen, aufgrund des hohen Zeitdrucks dann doch in einer zu großen räumlichen Skalierung gedacht wird und zu sehr zentrale Elemente verfolgt werden. Proteste vor Ort, zum Beispiel gegen neue Starkstromtrassen, können helfen, die richtige Balance zwischen dezentralen und zentralen Lösungen der Energiewende zu finden und die Bevölkerung vielfältig zu beteiligen.

Notwendige Rückkopplungen und Widerstand gegen Fehlentwicklungen entstehen zweitens durch räumliche Nähe, wobei neue Protestformate dezentral entstehen, aber multilokale Lerneffekte freisetzen. So ist Occupy Wallstreet, angeregt durch den Arabischen Frühling, im New Yorker Fi-

nanzbezirk entstanden und wurde an vielen Finanzplätzen imitiert. In Frankfurt okkupierte die Bewegung den Vorgarten der EZB und man kann hoffen, dass dies zu einer europäischen Zentralbankpolitik beiträgt, bei denen die Menschen und nicht die Märkte im Mittelpunkt stehen.

### Internationale Institutionen sollten sich gerade an Orten mit Protestkultur ansiedeln

Welt(finanz)städte definieren sich in der Regel über ihre politische und ökonomische Macht, die sich durch Kapitalakkumulation und in der Präsenz multinationaler Konzerne ausdrückt. Dabei wird übersehen, dass Städte und Metropolen mehr als Wirtschaftsstandorte sind und sich vor allem durch ihre Bürgerinnen und Bürger, Nichtregierungsorganisationen, Protestbewegungen und andere artikulieren.

Eine funktionierende und wachsame Zivilgesellschaft kann daher drittens ein (wirtschaftlicher) Standortvorteil sein, da systemische Risiken sichtbar werden und soziale Innovationen entstehen. So kön-

nen Städte und Regionen ihre Potenziale durch Vielfalt und heterogene Lebens- und Arbeitsstile entfalten und Alternativen erproben. Es ist denkbar, dass an einer langfristigen Entwicklung orientierte Investoren sich zukünftig an den Finanz- und Handelsplätzen niederlassen, die sich durch Seriosität und Verlässlichkeit auszeichnen. Zumal, wie der Soziologe Manuel Castells in seinem aktuellen Buch über soziale Bewegung feststellt, es nicht mehr um die Rezeption vergangener Ideologien geht und die Occupy Bewegungen keinesfalls den Kapitalismus abschaffen wollen, sondern vielmehr die aktuelle Funktionsweise des Finanzkapitalismus und die Rolle der Regierung kritisch reflektieren.

In diesem Sinne ließe sich darüber nachdenken, ob nicht internationale Institutionen zukünftig an den Orten anzusiedeln sind, an denen eine wachsame Zivilgesellschaft und eine lebendige friedliche Protestkultur vorzufinden ist. Dies klingt überzeichnet, aber ganz sicher profitieren Städte und Regionen von einer Heterogenität an Kulturen und Lebensstilen.

Viertens können endogen entstandene Protestbewegungen, die nicht durch politi-

sche Parteien, vermögende Privatpersonen oder Unternehmen unterstützt werden, ein Meinungsbild der Bevölkerung widerspiegeln beziehungsweise dieses beeinflussen. Als Soziale Innovationen können Protestbewegungen zu wichtigen gesellschaftlichen Veränderungen führen. Aus einer von wenigen Hobbies getragenen Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er ist ein in breiten Teilen der Bevölkerung getragenes Meinungsbild entstanden, was – angeheizt durch die GAUs in Tschernobyl und Fukushima – die Politik zur Energiewende bewegt hat.

Die seit mindestens 40 Jahren vermehrt entstandenen Protestbewegungen sind ein Symbol einer sich engagierenden Bevölkerung, die sich weniger in Vereinen organisiert, als vielmehr wertorientiert auf der Straße ehrenamtlich um die Zukunft kümmert. Dies ist auch ein Zeichen eines in Teilen gut funktionierenden Bildungssystems und einer Demokratie, die Teilhabe ermöglichen und Empörung aktivieren.

Beides, wie auch die Argumente einiger Protestler, sind verbesserungswürdig. Dazu sollte man Unterstützung anbieten, anstatt das zivilgesellschaftliche Potenzial als Berufsdemonstrantentum abzutun. Bei vielen lokalen US-amerikanischen Occupy-Bewegungen ist dieses Bestreben, beispielsweise im Rahmen von Occupy-Universitäten, von unten entstanden.

Allerdings – und dies darf keinesfalls außer Acht gelassen werden – muss die Gesellschaft Wege finden, wie mit diesen neuen „postrepräsentativen“ Formen der Demokratie umgegangen werden kann. Auch

wenn dieses zivilgesellschaftliche Engagement ein Gegengewicht zu dem Lobbyismus der Wirtschaft darstellt, ist es wichtig, Formen und Wege der Einflussnahme auf politisches Handeln zu verstehen und transparent zu machen. Dabei muss insbesondere verhindert werden, dass Beteiligung und Schaffung von Gestaltungsmacht einer urbanen umweltfreundlichen Elite oder denjenigen, die ihre Partikularinteressen verfolgen, überlassen wird.



Die herrschenden Umstände und zivilgesellschaftliche Protestbewegungen werden häufig als Gegensatz gesehen – von beiden Seiten übrigens. Dabei sind sie erst zusammen stark, meinen die Autoren des Gastbeitrags. Dass beide Stadt- und Raumplaner sind, ist dabei wohl kein Zufall.

Dr. Stefan Gärtner (links) leitet den Forschungsbereich Raumpolitik des Instituts für Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen. Dr. Philipp Schepelmann leitet die Gruppe Stoffströme und Ressourcenmanagement des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie.

FOTOS: OH, WUPPERTAL INSTITUT